

EP-01 BDK Europa - Was uns schützt

Gremium: für KMV eingepflegt
Beschlussdatum: 23.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WP BDK Europawahlprogramm

Antragstext

1 Liebe Wählerinnen und Wähler,

2 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das erhalten,
3 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als unseren
4 Frieden und Wohlstand.

5 Woher wir kommen: Ein Europa, das Frieden schafft

6 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen Jahrzehnten
7 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen und
8 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und
9 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie.

10 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

11 Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für Schutz und
12 Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie selbstverständlich. Mit
13 dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

14 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in Frieden zu
15 leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein und zu
16 bleiben. Er richtet sich aber auch gegen europäische Werte, gegen Demokratie und
17 Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen Schutz die Europäische Union für uns alle
18 bedeutet.

19 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen haltmachen, kann ein
20 starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele Menschen sehnen.
21 Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die der
22 Europäischen Union erst an.

23 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir wollen es
24 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern, um unsere
25 Freiheit zu wahren.

26 Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand mehrt

27 Frieden in Europa und unser Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden. Mehr noch, ihre
28 Verknüpfung war Ausgangsidee der europäischen Einigung: Die Interessen der einzelnen Staaten
29 sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht nur undenkbar,
30 sondern materiell unmöglich“ werde.

31 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung entstand eine
32 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und
33 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der unverzichtbaren Ergänzung
34 wirtschaftlicher Einigung.

35 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der Welt, der
36 technologische Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und unsere Gesellschaft,
37 stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Wir müssen deshalb mehr tun, als
38 den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen. Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die
39 Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

40 Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand, Ihre Freiheit
41 und Ihre Sicherheit zu schützen.

42 Im Zentrum unseres politischen Angebots steht eine Infrastrukturunion: aus Wasserstoffnetzen
43 und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aus Solarpanelen und Windparks, aber
44 auch aus modernen Krankenhäusern und verlässlichen Kitas – aus Institutionen also und
45 Standards, die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen. Wir wollen Europa ganz
46 wörtlich verbinden.

47 In einer Zeit, da insbesondere China und die USA massiv in die klimaneutrale Modernisierung
48 ihrer Wirtschaft investieren, brauchen wir eine strategische europäische
49 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb besteht –
50 und sich im Rennen um den ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort der Welt durchsetzt.
51 Wenn wir das Klima schützen, schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere Infrastruktur und
52 sicheren Wohlstand.

53 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab: Sie
54 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige Schutzstandards
55 aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die Wirtschaft und
56 Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert. Indem wir so die
57 Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der Zukunft sichern, legen wir das
58 Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die Gewinnung von Fach-
59 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren Wohlstand nicht
60 nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen ankommt, die ihn
61 erarbeiten: in der Breite der Gesellschaft.

62 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen, schützen wir unsere vielleicht
63 kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und Artenvielfalt, unsere Umwelt und
64 unser Klima. Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa- und
65 weltweit immer drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter haben Leben gekostet, Häuser und
66 Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört.

67 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien und rasche
68 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung unserer
69 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für seine
70 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

71 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

72 Der Weg dorthin: Verantwortung

73 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir treten an für
74 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren Zielen, die
75 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten gibt.

76 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im nationalen
77 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen. Wir wollen
78 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein könnte. Dabei

79 sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch
80 gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern ernst ist,
81 bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem Europa der
82 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz oder weiß.
83 Wer deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben, nicht darum,
84 Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie erodiert; der nimmt
85 in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

86 Diese Einheit „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute
87 eine Notwendigkeit für uns alle.“ Was Konrad Adenauer vor rund 70 Jahren sagte, könnte
88 aktueller kaum sein. Vom Traum zur Hoffnung zur Notwendigkeit: Die Europäische Union ist
89 alles davon. Sie mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden. Doch sie
90 bleibt der Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit. Europa hat beides erlebt:
91 dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die Fähigkeit des Menschen, neue Kapitel
92 aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu verteidigen. Wenn wir heute vor
93 gleich mehreren Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt menschengemacht, wenn deren
94 Gleichzeitigkeit und Größe auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir als Europäerinnen
95 und Europäer: Die Antwort wird es auch sein – menschengemacht und europäisch.

96 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Europäischer Erfolg hat
97 keine politische Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in Deutschland und
98 Europa lebenswerter macht. Was uns stärker macht. Was auch Sie schützt.

99 Eine solche Politik: Das ist unser Angebot an Sie.

EP-02 BDK Europa - A Was Wohlstand schützt

Gremium: für KMV eingepflegt
Beschlussdatum: 23.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WP BDK Europawahlprogramm

Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis hin zum
2 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative Wirtschaft ist global
3 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von der
4 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen
5 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt,
6 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die
7 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die Kräfte
8 bündeln.

9 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse. Vor
10 allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und Jahrzehnte
11 entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft
12 und Infrastruktur. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu mehr
13 Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen
14 Löhnen, zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für
15 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

16 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die
17 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir
18 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa auf den Märkten
19 der Zukunft durchsetzen – bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen
20 Dienstleistungen und Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem
21 Stahl. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch
22 Sicherheitspolitik.

23 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen natürlichen
24 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren, mit Lebensräumen für eine
25 große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den Küsten und in den Wäldern. In ihrem
26 Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zu High-Tech-
27 Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen Räumen verankert, lässt sich
28 aus den Städten in wenigen Stunden in Wälder oder Berge reisen.

29 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche Dienstleistungen in
30 einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet aber eben auch saubere Luft,
31 reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

32 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament
33 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den European
34 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen wir dafür,
35 dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung über Mobilität
36 und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend zu einem
37 entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren Wohlstand bewahren und
38 neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das Klima schützen, sondern auch diesen
39 Wettbewerb annehmen.

40 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und Industriepolitik, die
41 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu gezielten
42 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den Autokratien dieser
43 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von
44 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren
45 Energien und die Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der Europäischen Union
46 (EU) eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die industrielle
47 Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu sichern.

48 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich die besten
49 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie abbauen, dann tun
50 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu
51 stellen. Und wenn wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten
52 im Sinne der Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.

53 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind wir es.
54 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die wirksam und
55 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer Konkurrenz
56 gleichermaßen aufzunehmen.

57 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die Sicherheit
58 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand und
59 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit der Natur und
60 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder geografische
61 Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das Geschlecht über die Chance auf ein gutes Leben
62 entscheiden, sondern in der alle Menschen am Wohlstand teilhaben können.

63 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

64 1. Ein klimaneutrales Europa

65 In Energiesicherheit investieren

66 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und
67 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten Kontinents nutzt und
68 miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts-
69 und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag
70 dazu leisten, die europäische Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral sicherzustellen.
71 Denn nur die Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer günstigen
72 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir wollen, dass
73 Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

74 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die Elektrifizierung von
75 Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive Investitionen in den Ausbau von Wind und
76 Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten. Gleichzeitig
77 müssen wir energieeffizienter werden und die entsprechenden Vorgaben weiter anpassen.

78 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird,
79 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken und dabei vor
80 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein stabiles
81 europäisches Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere Versorgungssicherheit.
82 Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich gegenseitig
83 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare Energien fit

84 machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer irgendwo der Wind weht
85 oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-Netzplanung – insbesondere für
86 grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie in den Meeren der EU. In
87 Zukunft müssen darüber hinausgehend die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und
88 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und
89 die Bedingungen von Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer Energien
90 aus.

91 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
92 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet. An diesen
93 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an. Jedoch wird
94 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste Form der
95 Energieerzeugung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um
96 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,
97 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt. Gleichzeitig hat
98 uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie abhängig wir
99 noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den kommenden Jahren
100 ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger Abschied vom fossilen
101 Erdgas nötig. Wir wollen es vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem
102 Wasserstoff ersetzen.

103 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht geeignet, die
104 Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen Risiken
105 verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Der Bau neuer Kraftwerke
106 ist teuer und langwierig. Der Müll belastet noch unzählige nachfolgende Generationen. Wir
107 setzen in der EU nicht auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

108 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir
109 Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. Um in den nächsten
110 Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur Energiesicherheit
111 leisten zu können, kommt die Kernfusion jedoch zu spät.

112 Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

113 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber 1990 um rund
114 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent
115 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Durch den reformierten Emissionshandel wird
116 ein schnellerer europäischer Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele für
117 erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder Chemierprodukte, die
118 nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO₂-Fußabdruck
119 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge um. Gebäude in
120 der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen gesetzt. Damit hat Europa den
121 richtigen Weg eingeschlagen.

122 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen. Europa soll der
123 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken geben, und es
124 muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040 braucht es deswegen Zwischenziele, die
125 die EU sicher zu Klimaneutralität in Erfüllung des Pariser Klimaabkommens führen. Das
126 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
127 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.
128 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und die
129 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

130 Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

131 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in
132 erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch in
133 Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu
134 vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische
135 Chancen nutzen und das CO₂ direkt bei der Produktion abscheiden, speichern und
136 gegebenenfalls nutzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll dies aktiv
137 gefördert werden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen dafür schaffen
138 und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer europäischer CO₂-
139 Speicher – entwickeln.

140 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger, auf den 1,5-
141 Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre aktiv
142 senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau einstellt. Dafür stärken und
143 entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse, die der
144 Atmosphäre CO₂ wieder entziehen. Intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor
145 allem Wälder und Moorböden sind natürliche CO₂-Speicher. Deswegen benötigen wir klare Regeln
146 für die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die Aufforstung
147 von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer Negativemissionen wie die
148 CO₂-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO₂-Speicherung in der Anwendung prüfen und an
149 Pilotprojekten evaluieren. Die EU braucht – wie Deutschland – klare Ziele für das Erreichen
150 von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels zu handeln.

151 Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

152 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie speichern und
153 transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer zukünftigen
154 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger überall dort ersetzen, wo
155 Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür sorgen, dass Europa bei der Anwendung
156 Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu heben, entwickeln wir die Europäische
157 Wasserstoffstrategie weiter und unterstützen die Erforschung von umfassenden Ansätzen zur
158 Erzeugung und Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die
159 Netzausbaukosten minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen eingesetzt
160 werden. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm
161 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.

162 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen
163 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur für den
164 Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med können wir grünen
165 Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen Südeuropas in die Industriezentren
166 Deutschlands transportieren. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen
167 Infrastrukturunion.

168 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff und
169 strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU sowie wind- und sonnenreichen
170 Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl potenzieller Partnerländer können wir auf diesem
171 Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten vermeiden.
172 Durch Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass die Länder

173 des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von der grünen
174 Energiezukunft profitieren.

175 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein
176 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf
177 die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich grüner Strom
178 so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort einsetzen,
179 wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören etwa die
180 Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie
181 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff bei geringer
182 Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung einsetzen, um
183 die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

184 Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

185 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden.
186 Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss klimaneutral immer auch
187 sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird,
188 geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden
189 Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und
190 Transportkosten betroffen sind. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten – wie etwa
191 Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen.

192 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und Kommunen, ihre
193 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und demokratisch, denn
194 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich
195 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz
196 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen
197 europäisch besser verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben können – indem
198 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt an ihre
199 Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte Energie
200 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

201 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig
202 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen
203 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um Gebäude schnell und günstig
204 von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei vor allem auf
205 Beratung und finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale
206 Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt und wie
207 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

208 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent aufeinander
209 abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen
210 Stromerzeugung bei den Verbraucher*innen. Durch die Umstellung der Förderung von
211 erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern wir die Stromverbraucher*innen gegen
212 hohe Kosten ab.

213 2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

214 In Innovation und Resilienz investieren

215 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine strategische
216 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU (NGEU) hat uns
217 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen, dass Europa
218 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht
219 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns
220 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
221 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

222 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz mit
223 drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der
224 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem
225 voll ausgebauten und integrierten europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz.
226 Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den
227 Aufbau der Industrien von morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und
228 unsere Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

229 Industriepolitik aktiv gestalten

230 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus kleinen,
231 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand ist.
232 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns zentral:

233 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen der EU für
234 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen
235 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf
236 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag
237 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

238 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit ihrem
239 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer Produktionsstandorte für
240 Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, dem eine eigene
241 aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die Europas Stärken stärkt. Sie
242 setzt bei der Forschung an und reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört
243 einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen
244 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien wie
245 Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa an der
246 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa erdacht und
247 hergestellt werden. So sichern wir Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der Aufbau einer
248 europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des Industriestandortes
249 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

250 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein Förderdschungel
251 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die
252 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im
253 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche
254 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür
255 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische

256 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage versetzt
257 wird, schnell und wirksam zu handeln.

258 Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

259 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa gleichzeitig
260 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett klimaneutral
261 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

262 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss
263 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen
264 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und
265 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu
266 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht.

267 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem europäischen
268 Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen europaweiten
269 Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt
270 finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern,
271 die möglichst kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO₂
272 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher und günstiger
273 eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir europäische grüne Leitmärkte für
274 einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie etwa grünen
275 Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote
276 von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt
277 geschaffen, der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang setzt.
278 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf klimaneutrale
279 Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen, weil dies zu
280 schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem Erhalt von industrieller Substanz und
281 guten Arbeitsplätzen beiträgt.

282 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei
283 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir gezielt die
284 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen.

285 Den Binnenmarkt stärken

286 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft,
287 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale
288 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den europäischen
289 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer*innen
290 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und
291 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27
292 verschiedene befolgen.

293 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft, übergeordnete Ziele zu
294 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die
295 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um
296 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

297 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen Unternehmen
298 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein solches Update

299 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool
300 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

301 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht bekämpft und
302 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg des
303 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht Europa
304 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten, die
305 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-
306 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten
307 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich
308 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei
309 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den
310 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität.

311 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU die
312 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der europäischen
313 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik ermöglicht und
314 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren
315 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

316 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

317 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir wollen mehr
318 Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute Arbeitsbedingungen, sichere
319 Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So wachsen wir aus der Mitte heraus. Fachkräfte
320 sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für akademisch
321 ausgebildete Fachkräfte wie für solche mit handwerklicher oder industrienaher Ausbildung.
322 Davon hängt auch das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in
323 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

324 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote für alle
325 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und Fachkräfte von außerhalb
326 gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In
327 vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir
328 brauchen auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die soziale
329 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

330 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch gut
331 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen und Betriebe,
332 in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen beschäftigt sind, bei der EU-
333 Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr Frauen ausbilden bzw. beschäftigen.
334 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen entwickeln, wie wir
335 eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen können.

336 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von Fachkräften geht,
337 vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im Krankenhaus. Wir setzen uns
338 daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten
339 sollte die EU-Blue-Card-Initiative ausgeweitet werden und vielen weiteren Berufsgruppen
340 zugutekommen.

341 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr Auskommen,
342 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer klimaneutralen
343 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus- und

344 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit
345 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet
346 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass
347 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt
348 werden.

349 **3. Stabile Finanzen**

350 Europa finanziell wappnen

351 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre finanzielle
352 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem relevanten
353 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir endlich
354 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur
355 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu
356 treffen.

357 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle Ausstattung der
358 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Im Krisenfall
359 haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen bewährt. Zweitens muss die EU deutlich
360 mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame
361 Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und für eine
362 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen starken
363 Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU, als auch für ein
364 neues großes Investitionsprogramm streiten.

365 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen deutlich
366 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt die
367 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden Feldern der
368 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin
369 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die
370 Ausgaben verwalten.

371 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU voraus. Gerade
372 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den Beiträgen der
373 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre finanzielle
374 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen,
375 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt
376 zugutekommen.

377 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen
378 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen. Auch die
379 Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-
380 Haushalt zufließen.

381 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu einer
382 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits 2020 von Rat
383 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen. Dabei muss
384 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten
385 sichergestellt werden.

386 Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

387 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für
388 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die Architektur der
389 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das
390 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

391 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir die
392 gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der Überführung
393 des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der Umstellung auf
394 Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und etablieren endlich
395 eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-Hilfsprogramme.

396 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-Kurzarbeitergeldes
397 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten
398 Jobs sicher schützen können. Und wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden,
399 damit auch der Finanzsektor in Krisen stabilisierend wirkt.

400 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
401 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen Ländern
402 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und Wachstum schaffen.
403 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der Vorschlag der Europäischen Kommission
404 werden diesem Anspruch nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ambitionierte Reform, deren
405 Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

406 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld und zum
407 Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft
408 und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles
409 Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen
410 Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen
411 Zeitalter leisten.

412 Bankenunion vollenden

413 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem
414 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet
415 sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft
416 und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel
417 sein.

418 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von
419 Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere
420 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer hohen
421 Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion stellen wir
422 die Banken stabil auf. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der
423 Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, einem
424 funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit
425 Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass
426 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir
427 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,
428 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.

429 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie Ratingagenturen,
430 Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir setzen uns
431 dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung ein, um unnötige Bürokratie –
432 insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

433 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher
434 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als
435 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn
436 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder
437 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser
438 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit
439 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden.
440 Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

441 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich an
442 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die Finanzaufsicht hat mit
443 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt gehalten. Um das
444 Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen
445 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein
446 staatliches Labelsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen sollen
447 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer
448 Wirtschaft leistet.

449 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das Vertrauen
450 der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen haben dafür
451 gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende Finanzprodukte
452 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung mittelfristig keine
453 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier Beratung
454 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich
455 machen.

456 4. Steuergerechtigkeit

457 Steuerhinterziehung bekämpfen

458 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle ihren fairen
459 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine gute Bus- und
460 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in den letzten
461 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie
462 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in Niedrigsteuerländer
463 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis hin zu
464 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger*innen und besonders
465 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge
466 verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro.
467 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann
468 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

469 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von Gewinnen in
470 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere Kriterien, um
471 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So fehlen
472 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von
473 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise

474 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste gesetzt
475 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch getroffen werden.

476 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden wesentlich
477 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu stärken. Wir
478 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

479 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur existieren, um
480 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den
481 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen anzunehmen –
482 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin.

483 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es sich beim
484 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer.
485 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Systems
486 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren
487 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das
488 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

489 Steuerdumping beenden

490 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb zwischen den EU-
491 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire Wettbewerbsbedingungen im
492 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen
493 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So
494 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen
495 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen Niederlassung oder
496 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer*innen digitaler Dienste
497 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen deutlich
498 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren
499 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

500 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist ein großer
501 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene der
502 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich auf eine
503 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt. Damit können
504 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den
505 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur
506 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die Mindestbesteuerung
507 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er reicht aber
508 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale
509 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell
510 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-
511 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

512 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar
513 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von
514 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große Unternehmen
515 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu
516 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder
517 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der
518 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite Aufschlüsselung
519 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den

520 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für
521 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

522 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

523 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliarden Gewinne von Unternehmen einen
524 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren, Klimaschutz
525 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die
526 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

527 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
528 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer wieder durch
529 Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten der
530 Verträge ausschöpfen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch
531 eröffnet die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen
532 Handlungsspielraum.

533 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch hohe
534 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen einiger
535 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft gestiegene
536 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation auf eine
537 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an
538 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation
539 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene Produktionskosten
540 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche
541 fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu
542 entlasten. Schlupflöcher wie das Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder
543 die Gewinnverlagerung ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in erneuerbare
544 Energien reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

545 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

546 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

547 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen
548 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und darüber
549 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und
550 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Forschung
551 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,
552 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche Mobilität,
553 für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder Alzheimer in Europa erdacht
554 und produziert werden.

555 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die Forschungsaktivitäten der EU
556 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller*innen sehr beliebtes
557 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten
558 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

559 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die missions-
560 und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die Klimaforschung, für
561 die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste Quote von 35 Prozent für die

562 europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir treten für eine gut ausgestattete
563 Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der Exzellenzforschung par
564 excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Skłodowska-Curie-Mobilitätsförderung wollen
565 wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und
566 Geisteswissenschaften (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen, denn sie
567 sind von hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und Demokratie.
568 Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei zugänglich sein sollen,
569 wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin stärken.

570 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was den
571 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch: Horizont
572 Europa muss noch internationaler werden und weitere Partnerländer einbinden.

573 Aus Ideen Wohlstand machen

574 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Wir
575 wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind als
576 Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

577 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte Forschung, die
578 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Wir brauchen
579 beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien, effektive Behandlungen
580 für Krebs, smarte digitale Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht zuletzt
581 soziale Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont Europa sollen
582 sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen wir
583 Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die Industrie zusammenbringen.

584 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und
585 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so ausbauen, dass
586 sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung unterstützen.

587 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen und dabei
588 neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen
589 in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht im selben
590 Maße wie Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung sehr stark.
591 Solche Cluster von Forschung, Lehre und Anwendung sind zentral, um Innovationen zu fördern,
592 sichtbar zu machen und vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

593 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies gilt
594 beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
595 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder Weiterbildungsprogrammen. So können
596 wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen eine Chance geben, sich in die Zukunftsbranchen
597 einzubringen.

598 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem relevanten
599 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-privaten
600 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten. Wir möchten
601 hier eine Transparenzinitiative starten und sicherstellen, dass Hochschulen,
602 Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen Förderinstrumenten profitieren.

603 Mit Europäischen Start-ups durchstarten

604 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges Gründungsgeschehen. Hier
605 entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen schneller und
606 einfacher werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bisher weniger aktive Mitgliedstaaten
607 beispielsweise von Estland, dem europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen können.

608 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der Know-How-
609 Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das europäische
610 Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

611 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt. Dort finden
612 Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen Überblick über alle
613 Förderprogramme für Gründer*innen soll ein digitaler Kompass bieten. Mit einem Klick ohne
614 Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

615 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-
616 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Start-ups in der
617 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige europäische Matching
618 Hubs ins Leben rufen, die private Investor*innen mit Gründer*innen an einen Tisch bringen,
619 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft.

620 Mittelstand fördern

621 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor der
622 europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders stark durch die
623 Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen, wollen wir KMU-Tests
624 verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze auf ihre Auswirkungen auf KMU
625 überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen
626 für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch vereinfachte Antragsverfahren erleichtern wir den
627 Zugang von KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-
628 Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die
629 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen
630 Förderinstrumenten verzahnen.

631 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis
632 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um
633 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder
634 zu streichen. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen
635 und die A1-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

636 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch
637 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter
638 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen.
639 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von
640 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit
641 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der
642 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können. Die
643 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

644 6. Digitale Souveränität

645 Europa digital fit machen

646 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Sie
647 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder Energie völlig
648 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und für
649 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das
650 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer
651 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und
652 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

653 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
654 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit stärkt, und einer
655 Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in diesem
656 Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen deshalb die digitale Souveränität Europas
657 sichern, stärken und ausbauen.

658 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine resiliente und
659 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte,
660 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die
661 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, seien es
662 Halbleiter oder Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische Unternehmen in
663 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die globale
664 Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir mit starken
665 europäischen Akteuren gestalten.

666 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben mitzudenken. Wir
667 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen Prozess
668 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und effizienter erbracht
669 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln
670 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen Praxis
671 handhabbar zu machen.

672 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine riesige
673 Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen
674 und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Wissenschaft, Verwaltung und
675 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können beispielsweise
676 dabei helfen, den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den
677 Ernteertrag erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit. Wir wollen
678 KI nach unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa einen großen
679 Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet wird. Wir wollen
680 diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die bessere Verfügbarkeit von
681 Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer.

682 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-Source- und
683 Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

684 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,
685 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie
686 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und vernetzte
687 Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-Plattformen, Browser,
688 Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU

689 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital Sustainability Act, ein
690 europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des Sektors für Informations- und
691 Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit optimiert. Eine Abwärmeinfrastruktur von
692 Rechenzentren wollen wir in die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

693 Daten rechtebasiert nutzen

694 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für zahlreiche
695 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten leistet einen
696 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche gesellschaftliche
697 Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches Wachstum zu fördern, Ressourcen zu schonen und die
698 wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

699 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem an der
700 Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten rechtebasiert besser
701 nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses Prinzip bei
702 der Gesetzgebung zur Nutzung und dem verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen
703 im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City Barcelona können
704 ein Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation
705 vorangetrieben werden.

706 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den vergangenen
707 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes von
708 personenbezogenen Daten gesetzt.

709 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings unterschiedlich. Während
710 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln
711 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso
712 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der
713 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können, die für
714 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke und KI
715 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche und
716 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger*innen-Rechte wirksam zu
717 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine
718 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen.

719 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten, Nutzer*innen in
720 der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu vereinfachen und
721 allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber hinaus erleichtert der Ansatz es
722 Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden und so die für KI-Modelle
723 notwendigen Datenpools zu erzeugen.

724 Digitale Standards setzen

725 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A und O einer
726 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards gefördert
727 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale
728 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige
729 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und
730 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche
731 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-

732 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen
733 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

734 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der Interoperabilität:
735 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität bezeichnet
736 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und
737 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch, ohne
738 manuelle Zusätze. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher
739 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise können
740 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
741 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

742 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum Durchbruch verhelfen
743 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).
744 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume und
745 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa
746 riesige Chancen bieten.

747 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
748 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen erarbeiten
749 Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-Schnittstellen
750 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

751 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. Willkürlichen Konsortien
752 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso
753 für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen.
754 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr
755 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
756 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen.
757 Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen
758 entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

759 Verbraucherschutz digitalisieren

760 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im
761 Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier bedeutende
762 Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um
763 klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-Tech-
764 Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die
765 Gesellschaft darstellen – und wo nötig Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin
766 erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren
767 Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es jetzt, in
768 Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch Datenzugänge
769 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von Verbraucher*innen im
770 digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden; hierzu wollen wir auf nationaler
771 und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung digitaler
772 Plattformen muss die Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick nehmen.
773 Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen dieser
774 Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

775 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten und
776 Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet sein, dass
777 diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden wir

778 nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Wir wollen die Rechte von Nutzer*innen auf
779 digitalen Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen
780 sollen miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher Dienste
781 miteinander in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und
782 verbessert, damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf zurückgreifen können.

783 7. Kreislaufwirtschaft

784 Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren

785 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine klimaneutrale
786 Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir Rohstoffe. Laut
787 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen Rohstoffen allein
788 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des Pariser
789 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des
790 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien
791 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu
792 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die
793 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine Rohstoffquellen
794 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir setzen uns deshalb für die
795 Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige und verpflichtende
796 Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der europäischen
797 Wirtschaft zu gewährleisten.

798 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für mehr
799 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65 Prozent der
800 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser Ansatz der
801 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und
802 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper
803 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die
804 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
805 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei ambitionierte
806 Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

807 Zirkulär wirtschaften

808 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
809 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir
810 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das
811 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft
812 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast,
813 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert
814 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine
815 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs for
816 Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun auch in diesem Sinne
817 weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien erfüllen, um Klima
818 und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in
819 den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung
820 möglichst nachhaltig sind. Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des bestehenden
821 Gebäudebestands und den Einsatz modularer Bauweisen.

822 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es einfacher und
823 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden Ressourcen unnötig
824 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren
825 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur, eine Pflicht
826 zur Bereitstellung von Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren. Auch das
827 Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende haben.

828 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund lückenhafter
829 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der neuen
830 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir setzen uns dafür ein, dass
831 Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet werden.

832 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz,
833 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent effektiv
834 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und die
835 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
836 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards
837 ambitioniert voranbringt.

838 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern, Infrastrukturen,
839 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang nicht
840 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und
841 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen der
842 Digitalisierung nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen wir
843 neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen Primärrohstoffen.

844 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten. Wir wollen
845 die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein Rückgabesystem für Lithium-
846 Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte durch
847 weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von Natrium-
848 Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

849 Rohstoffpartnerschaften schließen

850 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten, setzen wir uns
851 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und strategische
852 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen.
853 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership
854 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

855 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern
856 weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer Nachhaltigkeits- und
857 Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen Kooperationsangebote nicht nur einseitig im
858 europäischen Versorgungsinteresse ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen,
859 ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in Lieferketten zu
860 integrieren. Wir wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere
861 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von Transport-
862 und Energieinfrastruktur fördern.

863 8. Moderne Mobilität

864 Europas Verkehrswende voranbringen

865 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil zu sein.
866 Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem, das klimaneutral
867 funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen Personenkraftwagen (Pkw)
868 komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge,
869 ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein
870 sicheres Straßennetz, klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive Angebote, um
871 verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren.

872 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und selbstbestimmtes
873 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir setzen uns
874 deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter ausgebaut wird. Insbesondere die
875 Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer Güterverkehr und
876 gute Nachtzüge haben für uns Priorität.

877 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb
878 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver Ausbau des
879 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise,
880 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der
881 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne
882 Schlafwagen ein.

883 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
884 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung. Insbesondere das
885 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale, ressourceneffiziente
886 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für eine
887 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung
888 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

889 Tickets einfach buchen

890 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in
891 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir
892 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende Fahrkarten einschließlich Sharing-
893 Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache
894 Weise zugänglich gemacht. Reisende werden anschauliche und transparente Informationen zu den
895 Kosten, Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die für
896 sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen Buchungen
897 einfacher erfolgen.

898 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten. Interrailtickets sollten
899 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwernten Reisen einladen und deshalb
900 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen
901 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen
902 betrieben wird.

903 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine konsequente Umsetzung
904 des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass Mobilitätsangebote für alle leicht und günstig
905 nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener Verkehrsmittel,
906 zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um

907 Klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die
908 Fahrradmitnahme ermöglichen.

909 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir mit dem
910 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll
911 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu
912 stärken.

913 Antriebswende umsetzen

914 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur
915 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele Verkehrsmittel wie
916 möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Grüner Wasserstoff und die darauf
917 basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel nicht
918 preiswerter elektrisch betrieben werden können.

919 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und bietet viele
920 Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der Antriebswende unterstützen. Die
921 EU hat in einer historischen Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen
922 Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen. Nun braucht es eine
923 flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle
924 Verkehrsmittel. Es muss ohne Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von Stockholm nach
925 Syrakus zu fahren. Um den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu gestalten, wollen
926 wir aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren beim Laden
927 eines E-Autos, abschaffen.

928 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf der Straße
929 in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden kann. Dazu braucht es den
930 schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen (Lkw) entlang der europäischen
931 Fernstraßen und in den Güterverteilzentren.

932 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch
933 Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz orientiert werden. So wollen
934 wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um leichte und effiziente Lösungen anzubieten.
935 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die
936 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin. Für
937 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So werden
938 fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der Vergangenheit angehören.
939 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen
940 Technologien.

941 Verkehr sicher machen

942 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab, dass es keine
943 Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen uns deshalb für sichere
944 Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in dicht bevölkerten Innenstädten sowie für
945 ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen ein.

946 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für ambitioniertere
947 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen wir stärker
948 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-
949 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für
950 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik anpassen.

951 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die Gesundheitsbelastung der
952 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide, (Ultra-)
953 Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit minimiert werden.
954 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte.

955 9. Gesunde Natur

956 Unsere Natur bewahren

957 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft hängen von
958 ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie auch in Zukunft noch
959 verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende Aufgabe der Politik.
960 Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume – von den unberührten
961 Wäldern Nord- und Osteuropas über die vielfältigen Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin
962 zum Mittelmeer – unser Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit für unseren
963 Kontinent steht.

964 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den vergangenen
965 Monaten große Durchbrüche erzielt:

966 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) sowie die
967 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN zum Schutz
968 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der Land- und
969 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen
970 sogar unter besonderem Schutz. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser
971 geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals
972 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit
973 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen
974 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige Wiederherstellung der
975 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine verbesserte
976 Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele unabdingbar.
977 Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle
978 Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die
979 entsprechenden Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

980 Artenvielfalt retten

981 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes. Beide bedingen
982 einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise.
983 Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

984 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern. Schlüsselemente sind hier
985 die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein naturnaher Waldumbau und effektiver
986 Meeresschutz.

987 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis ausreichend
988 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte
989 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern gehören die
990 Ozeane zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen.

991 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier-
992 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein
993 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger
994 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und
995 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten
996 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen
997 muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere für den Insekten-, Vogel-
998 und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir die ökologische Landwirtschaft und
999 naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir brauchen Misch- statt Monokulturen in Land- und
1000 Forstwirtschaft, weniger Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden Praktiken wie
1001 Kahlschlägen. Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare, einheitliche
1002 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein einheitliches
1003 Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald. Im Hinblick auf die
1004 zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine europäische Waldbrandstrategie, die durch
1005 naturnahe Wälder, die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die
1006 Brandgefahr eindämmt.

1007 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander
1008 vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich und dadurch stabile
1009 Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne Infrastruktur für Europas Natur. Zentral
1010 dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die genetische Vielfalt fördert die Resilienz unserer
1011 Ökosysteme und schafft somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in
1012 engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen und Förster*innen entstehen. Darüber hinaus
1013 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden, ohne einen
1014 genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die Bereitstellung
1015 finanzieller Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen, um nachhaltige Praktiken
1016 einzuführen, die den Schutz der Natur und der Artenvielfalt fördern.

1017 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und
1018 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene
1019 Arten schaffen.

1020 Umwelt schützen

1021 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise die
1022 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie
1023 belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Auswirkungen der
1024 Nutzung umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich ist es,
1025 Stoffe in den Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen
1026 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#). Diese werden
1027 seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern, Medizinprodukten,
1028 Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden
1029 können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch
1030 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die
1031 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1032 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden.

1033 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die Nachhaltigkeitsanforderungen
1034 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir
1035 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von
1036 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines

1037 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von
1038 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten berücksichtigt.

1039 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich aufstellen.
1040 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und nachhaltige
1041 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des Markthochlaufs von
1042 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte
1043 Industriepolitik.

1044 Sauberes Wasser für alle

1045 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu. Das ist eine
1046 große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit sauberem Wasser sicherzustellen,
1047 und ein Stressfaktor für unsere Natur. Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20
1048 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine europäische
1049 Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den
1050 Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben dem Gesetz zur
1051 Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie
1052 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die dadurch
1053 drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1054 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem
1055 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse
1056 reduzieren wir durch mehr Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und Fassadenbegrünung.
1057 Dieser Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die Luftqualität.

1058 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden Wasserkrisen, wie an
1059 der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in
1060 der EU in frei fließende Flüsse zu renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie
1061 vorgesehen. Und wir setzen uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder
1062 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1063 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der
1064 Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch
1065 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch
1066 sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation
1067 innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den semiariden
1068 Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1069 Tiere schützen

1070 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass
1071 Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung
1072 bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer*innen wollen Tierschutz: Sechs der zehn
1073 erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein.

1074 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den
1075 Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1076 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zur
1077 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von Wildfängen für die Privathaltung
1078 wollen wir beenden sowie den Import und Handel von Arten unter Strafe stellen, die in ihrem
1079 Herkunftsland national geschützt sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen von

1080 Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-
1081 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In
1082 Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.

1083 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen erstellen, die
1084 Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte wo immer möglich beenden,
1085 für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung reduzieren und auch die Förderung
1086 tierversuchsfreier Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die Entwicklung und
1087 Anerkennung von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte tierfreie
1088 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle von
1089 Tierversuchen treten.

1090 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1091 Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln

1092 Landwirt*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen. Sie sorgen
1093 auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen sucht. Gleichzeitig
1094 erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und Weinberge, die
1095 Europa auszeichnen. Wir wollen diese Landwirtschaft stärken – im Einklang mit der Natur und
1096 im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen.

1097 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die die Flächen
1098 bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft bezahlt
1099 werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche Leistung erbringen, und nicht die
1100 Eigentümer*innen der Flächen.

1101 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP),
1102 die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen landwirtschaftlichen
1103 Struktur beitragen, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität,
1104 Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu gestalten, dass
1105 sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen ankommen, die vor Ort
1106 verankert sind.

1107 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der Landwirtschaft
1108 tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem wir
1109 regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller und das Lebensmittelhandwerk
1110 stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

1111 Landwirt*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel in der
1112 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss einen
1113 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise für die
1114 Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um
1115 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1116 Gute Lebensmittel für alle

1117 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie ist
1118 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute Ernährung
1119 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume,
1120 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und
1121 regionale Identität.

1122 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU kann die
1123 Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für verlässliche
1124 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir unterstützen daher
1125 europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen, vielfältigen und
1126 tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige
1127 Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch
1128 Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der
1129 Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem
1130 es leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei
1131 von chemischen Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So schaffen wir
1132 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1133 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns deshalb für
1134 rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren,
1135 einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen sowie der
1136 Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere Angaben für die
1137 sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

1138 Ökologische Landwirtschaft gestalten

1139 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu
1140 sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können dabei der gesamten
1141 Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die Vorreiterin dafür: Unser Ziel ist
1142 es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen und diesen
1143 Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe
1144 erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle Betriebe. Das
1145 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und nachhaltige
1146 Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

1147 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens 30 Prozent
1148 der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie Unterstützung bei der
1149 Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette. Außerdem sollen
1150 Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen müssen, dass sie Vorschriften einhalten. Das EU-
1151 Biosiegel wollen wir beim Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion, nachschärfen.

1152 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die
1153 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll garantieren, dass
1154 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde. Transparenz und
1155 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln
1156 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in
1157 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern wir die
1158 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1159 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher
1160 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht konkret
1161 umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele der EU auf
1162 wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren
1163 wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe.

1164 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
1165 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in Pestiziden
1166 erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir reformieren, indem die
1167 vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern, sondern von den Bewertungsbehörden in

1168 Auftrag gegeben werden. Die Hersteller dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem
1169 Mitgliedstaat die Behörden ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen,
1170 beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie
1171 aufgrund von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für die
1172 konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die Pestizide in den
1173 Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in der Biolandwirtschaft
1174 haften.

1175 Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

1176 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und plötzlichem
1177 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern zurückfahren
1178 und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil des
1179 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von Mooren, den
1180 Aufbau von Holzmasse und die Weidewirtschaft ein – mit stabilen Einkommensperspektiven für
1181 Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz und zur
1182 Klimaanpassung leisten.

1183 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist wichtig,
1184 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen unterstützen wir
1185 Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen und fördern den
1186 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Sowohl Moore als auch die
1187 Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind ein echter Klimaschützer, da hier deutlich mehr
1188 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Außerdem stellt die Weidewirtschaft die
1189 tierfreundlichste Haltung dar. Diese wollen wir stärker fördern.

1190 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden
1191 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren
1192 Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den
1193 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der
1194 Meeresökosysteme. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und Schleppnetzfisherei und gehen
1195 gegen besonders umweltschädliche Fangmethoden vor.

1196 Tiere gut halten

1197 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern kann, Tiere
1198 als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer nachhaltigen Bewirtschaftung
1199 unserer vielfältigen Landschaften ist. Die industrielle Tierhaltung dagegen gefährdet
1200 essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen: zoonotische Erreger,
1201 multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung, Artenverlust,
1202 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir Tieren
1203 schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1204 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre Gesundheit
1205 konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle
1206 einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht, Haltung, Transport, Tötung und
1207 Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von fehlenden
1208 Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht für uns die möglichst lokale Verarbeitung: Wir
1209 brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebendtiertransporten. Dabei möchten wir
1210 Langstreckentransporte auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer
1211 kontrollierbare Regionen unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere

1212 Kontrolle, ein Ende der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung
1213 von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von Küken.

1214 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der
1215 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika an gesunde
1216 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch
1217 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten
1218 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine
1219 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die Einschränkung
1220 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere. Reserveantibiotika
1221 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.

EP-03 BDK Europa - B Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: für KMV eingepflegt
Beschlussdatum: 23.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WP BDK Europawahlprogramm

Antragstext

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende Wetterextreme haben
2 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und
3 Rentner*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhafte Einschnitte
4 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage
5 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene
6 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

7 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn
8 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

9 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa
10 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von
11 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in
12 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können,
13 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

14 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
15 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann
16 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand
17 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn erarbeiten.
18 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für klimaneutrales
19 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs für
20 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand und
21 bedingen einander.

22 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder
23 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der
24 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der
25 Bürger*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung.
26 Es sorgt dafür, dass Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei,
27 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

28 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die
29 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und
30 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem Auskommen
31 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
32 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

33 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür
34 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür
35 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben
36 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

37 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke
38 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU,
39 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die
40 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für

41 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
42 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

43 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort
44 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann
45 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen Sozialmodells,
46 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle
47 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die
48 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische
49 Wandel die Arbeitswelt verändern.

50 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa
51 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik.
52 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche
53 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat
54 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale
55 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

56 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das
57 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa
58 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der
59 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter
60 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

61 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft
62 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
63 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den Generationen, Familien
64 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU angelegt. Für
65 diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

66 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

67 Faire Löhne erreichen

68 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache
69 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer von seiner
70 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei
71 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz
72 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke
73 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für
74 gute Arbeit.

75 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert
76 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa
77 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere
78 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die
79 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren
80 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass
81 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der gesetzliche
82 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte
83 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden:
84 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen

85 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit
86 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von
87 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die
88 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein wirksames
89 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer
90 lohnt.

91 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen, indem
92 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an der Seite der
93 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den Europäischen
94 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregelungen beendet. Dabei wollen wir die
95 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische
96 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-Unternehmen in
97 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung von
98 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen Betriebsräten ein.
99 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
100 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer*innen ein, die
101 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

102 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich
103 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger
104 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der
105 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

106 Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

107 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen
108 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,
109 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der digitalen
110 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von
111 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein.

112 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten
113 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission schätzt, dass 4
114 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu
115 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,
116 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender
117 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht zudem bessere
118 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem Arbeitsinspektionen
119 stärken.

120 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
121 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
122 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die
123 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der
124 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um
125 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für
126 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

127 Freizügigkeit einfacher machen

128 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip
129 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Damit das
130 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung
131 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

132 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die
133 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können
134 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die
135 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die
136 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen
137 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale
138 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die
139 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen.

140 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner*innen oder Menschen mit chronischen
141 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer
142 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von
143 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren.
144 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales
145 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen
146 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

147 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag
148 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Wir wollen, dass
149 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell
150 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns
151 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
152 Homeoffice zu arbeiten.

153 Ausbeutung bekämpfen

154 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein
155 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in
156 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger*innen und
157 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung,
158 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

159 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-Fernfahrer*innen, bei
160 Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen Formen der
161 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende
162 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie Schulungen in
163 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern sollten. Auch
164 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen
165 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame
166 koordinierte Inspektionen erhalten.

167 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen zu
168 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer
169 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten
170 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überverteuerter Miete, die direkt

171 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir
172 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

173 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach
174 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung
175 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die
176 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen
177 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der
178 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen im
179 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der
180 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun
181 effektiv umgesetzt werden.

182 Kinderarmut abbauen

183 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht
184 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr
185 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im
186 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches
187 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können. Dazu
188 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut ausgebauten
189 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung
190 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf
191 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht mehr versteckt
192 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder abgesichert
193 sind.

194 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der Europäischen
195 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder aus
196 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang zu Bildung
197 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung der
198 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

199 Soziale Mindeststandards verankern

200 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe
201 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft.
202 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die
203 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche
204 Mindeststandards.

205 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu
206 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit
207 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem
208 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen
209 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit fördern und
210 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind für einen
211 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

212 Soziale Sicherung krisenfest machen

213 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen
214 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den
215 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest
216 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen.
217 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber
218 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem
219 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie
220 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von
221 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr
222 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser
223 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein
224 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und
225 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen
226 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

227 Wohnen bezahlbar machen

228 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der
229 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben, ist für alle
230 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende Mieten und ein
231 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter*innen bis in die Mitte der
232 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr bezahlbaren
233 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor*innen, die europaweit im
234 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und
235 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den Prüfstand
236 stellen, um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen.

237 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten
238 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu
239 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen.
240 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie voneinander
241 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner wollen wir
242 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen Fördermittel
243 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

244 2. Starke Regionen

245 Kommunen stärken

246 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.
247 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke Kommunen
248 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen
249 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also
250 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das
251 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

252 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo
253 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der

254 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt
255 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer
256 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
257 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu
258 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es braucht
259 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den
260 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit
261 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu entscheiden. So können
262 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem wir in der
263 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue
264 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume
265 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

266 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle
267 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative
268 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser
269 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen
270 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der
271 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

272 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft
273 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir
274 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
275 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die
276 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen
277 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie wollen wir
278 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll
279 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit grenzüberschreitenden
280 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der Zusammenarbeit der
281 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah am Alltag der
282 Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

283 Zusammenhalt vor Ort fördern

284 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: in den
285 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente Förderpolitik in der EU
286 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels
287 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der Regionen in
288 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in seiner
289 Größe an den Herausforderungen orientieren.

290 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen
291 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten.
292 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der
293 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und
294 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
295 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen,
296 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

297 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
298 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und
299 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU-

300 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und
301 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

302 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und
303 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an
304 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds
305 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche
306 Gründer*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter gebildet. Wir
307 statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive
308 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass
309 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine
310 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und
311 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen,
312 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

313 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die
314 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der Anträge und
315 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür
316 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu erleichtern.
317 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die nötige
318 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um bürokratische Hürden
319 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen einführen und
320 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien.
321 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

322 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft
323 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges
324 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
325 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen
326 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. So
327 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

328 Chancen in ländlichen Räumen nutzen

329 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet erheblich über
330 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen Räume näher
331 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen
332 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel. Alle
333 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine
334 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können.
335 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und
336 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze
337 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

338 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche Wertschöpfung
339 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent Mehrfachnutzen
340 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik oder
341 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der Erneuerbaren und
342 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den gezielten Einsatz
343 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir setzen uns
344 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des
345 ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

346 Vergaberecht modernisieren

347 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green
348 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft,
349 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien
350 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine
351 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische
352 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen
353 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische
354 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es
355 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein
356 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

357 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir
358 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten in der EU
359 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches
360 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

361 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und unkomplizierte Verfahren
362 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe
363 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare
364 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive
365 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die
366 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher
367 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

368 3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

369 Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

370 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

371 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere
372 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen
373 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
374 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige
375 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen
376 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und
377 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzsicherungen
378 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen
379 abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die
380 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den
381 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

382 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu
383 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU
384 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie
385 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns
386 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen
387 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren
388 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen
389 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn

390 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und
391 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf
392 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen
393 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern.

394 Lehren aus der Pandemie ziehen

395 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen der
396 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen von
397 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen
398 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die notwendige
399 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb wollen wir
400 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder sowie zu
401 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch, beispielsweise
402 durch ein EU-Sachverständigenetzwerk.

403 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten
404 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit
405 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert
406 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
407 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere
408 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen Zoonosen; weniger
409 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft
410 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

411 Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

412 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich
413 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese
414 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen
415 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur körperlichen wird der
416 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige
417 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa ändern. Wir
418 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die
419 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen besser zu
420 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen zusammen
421 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen für mentale
422 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum
423 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in
424 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres
425 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die
426 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst
427 rasche und umfassende Umsetzung ein.

428 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig
429 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die Pandemie
430 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit
431 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration ein.

432 Arzneimittelversorgung sicherstellen

433 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde
434 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
435 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren
436 Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit häufig auch eine
437 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in Kauf nimmt.

438 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-
439 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die
440 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen
441 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese
442 früher zu melden.

443 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln und zu
444 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei setzen wir zwei
445 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit unentbehrlich sind,
446 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig verfügbar
447 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die es bislang
448 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die Anreize für
449 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen zugleich aber nicht
450 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von
451 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechterspezifische
452 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung zwischen Frauen
453 und Männern besser berücksichtigt werden.

454 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an
455 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen
456 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt
457 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die
458 Preisgestaltung einhergehen.

459 Gesundheitsdaten sicher nutzen

460 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche
461 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert,
462 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung von
463 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in
464 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit
465 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

466 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient*innen stärken. Eine
467 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient*innen, eine
468 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu den Daten
469 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen
470 umfassend berücksichtigt werden.

471
472 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für die
473 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von Notsituationen in der
474 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel in
475 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren
476 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der

477 Patient*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter Wahrung des
478 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den
479 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

480
481 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine einheitliche
482 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine grenzüberschreitende Nutzung
483 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende Nutzung von
484 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen durch die
485 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

486 Antibiotikaresistenzen eindämmen

487 Antibiotika können Menschenleben retten. Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher
488 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch einen
489 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung
490 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen
491 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen wie
492 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden
493 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt werden, wo
494 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick nehmen. Wir
495 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und die Forschung
496 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob
497 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

498 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben
499 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden
500 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten
501 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für
502 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in
503 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
504 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

505 Der Pflege den Rücken stärken

506 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind
507 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der
508 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in
509 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche
510 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des
511 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
512 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU
513 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige
514 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein.
515 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und
516 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs-
517 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der
518 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir
519 fördern.

520 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir
521 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der

522 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten
523 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

524 Cannabis europaweit legalisieren

525 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und zeitgemäßen
526 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße
527 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die
528 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem ersten großen
529 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die Ampelkoalition endlich
530 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf Vernunft
531 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die Konsument*innen in
532 ihrer freien bewussten Entscheidung.

533 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken wir die
534 Verbraucher*innen und dämmen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir Prävention und
535 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den
536 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine europaweite
537 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns in Europa
538 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die Produktion,
539 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

540 **4. Bildung und Chancen**

541 Europas Hochschulen besser vernetzen

542 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie vernetzen,
543 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen Kontinent
544 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen Hochschulen oder
545 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018 jetzt bereits
546 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere
547 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke ein.

548 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree). Ein
549 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das binationale,
550 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches Qualitätssiegel
551 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen schafft.

552 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen,
553 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele
554 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus
555 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
556 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem
557 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen
558 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
559 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und
560 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

561 Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

562 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele
563 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit
564 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU
565 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in
566 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent*innen
567 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur durchlaufen.
568 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die Anerkennung
569 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse einfacher und
570 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

571 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert,
572 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für
573 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem
574 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die
575 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu
576 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.

577 Politische Bildung gegen Desinformation

578 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
579 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:
580 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und versuchen,
581 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre
582 Verschwörungsmymen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch
583 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische
584 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische
585 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge
586 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur Verfügung
587 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

588 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht
589 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von
590 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch
591 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren
592 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere
593 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

594 Mit Erasmus Europa kennenlernen

595 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über
596 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und berufliche
597 Austausch ermöglicht.

598 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen
599 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder
600 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland
601 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu
602 können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-
603 Teilnehmer*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos nach
604 Hause und zurück zu fahren.

605 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung
606 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen
607 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden, wie Menschen
608 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

609 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm
610 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,
611 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren
612 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir
613 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

614 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick
615 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen,
616 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

617 5. Europas Jugend

618 Jugend beteiligen

619 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies
620 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche
621 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit
622 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die
623 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer
624 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
625 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.
626 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über
627 Erasmus+ aus.

628 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort
629 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im
630 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland
631 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür
632 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit
633 wird.

634 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter
635 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die
636 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser
637 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse
638 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen
639 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im Europäischen
640 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die
641 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-
642 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen
643 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger
644 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die
645 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

646 Freiwilligendienste ausbauen

647 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft
648 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer*innen ist
649 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung,
650 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

651 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade
652 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir bessere
653 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten
654 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände
655 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der
656 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

657 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen,
658 das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von
659 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem
660 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen überall in
661 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

662 Europa entdecken

663 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr
664 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem
665 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit
666 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig
667 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch
668 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu
669 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus
670 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen
671 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

672 6. Verbraucherschutz

673 Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

674 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger*innen.
675 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt
676 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum,
677 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin:
678 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder
679 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

680 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte,
681 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard
682 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert
683 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler
684 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
685 Ladetechnologien mit einschließen.

686 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
687 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen bessere
688 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante
689 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

690 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
691 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein
692 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung
693 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit
694 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die
695 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten.

696 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit.
697 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen Gebrauchsgegenständen
698 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb-
699 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit
700 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein
701 Register für Nanopartikel.

702 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher*innen
703 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander abgestimmten
704 Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung
705 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher*innen durch die einfache Integration von
706 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

707 Fahrgastrechte garantieren

708 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar sein.
709 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz
710 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites einheitliches
711 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den Planungsaufwand
712 erheblich senkt.

713
714 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für
715 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach
716 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.

717 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen.
718 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei
719 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der
720 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.
721 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung
722 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der
723 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den Anspruch der
724 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

725 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur
726 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine
727 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für
728 alle Gepäckvarianten ein.

729 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle
730 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

731 Vor Kostenfallen schützen

732 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche
733 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.
734 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen,
735 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die
736 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle.
737 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht
738 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für
739 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die
740 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast
741 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht
742 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge sollen
743 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen
744 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund*innen so
745 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.

EP-04 BDK Europa - C Was Frieden schützt

Gremium: für KMV eingepflegt
Beschlussdatum: 23.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WP BDK Europawahlprogramm

Antragstext

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt:
2 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie
3 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt
4 Europäische Union herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Freund*innen haben wir
5 diese Herausforderung angenommen – und halten stand.

6 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt immer
7 autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage. Chinas
8 Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften vor bedeutende
9 Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und Gesellschaften
10 derweil zu Recht faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.

11 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit den Folgen
12 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr deutlich:
13 Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen, um Europa in der
14 Welt sicherer zu machen.

15 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es in der Lage
16 ist, auch international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat
17 bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt
18 Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und
19 mit einer Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere
20 Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden
21 zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet
22 weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein
23 dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

24 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
25 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel durch
26 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland im
27 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre imperialen
28 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes
29 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa,
30 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
31 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene
32 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des
33 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv
34 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete
35 Widerspruch ist keiner.

36 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem wertegeleiteten und
37 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die
38 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter gestalten
39 wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts
40 wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

41 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
42 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu
43 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss aktiv um
44 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den
45 Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

46 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das macht es
47 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich
48 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und
49 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn
50 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in
51 der Außenpolitik umfassend vertreten sind.

52 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die
53 Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben durch
54 ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen
55 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu
56 klimaneutralem Wohlstand partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die
57 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die
58 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,
59 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei muss die EU
60 auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen
61 Investitionen für eine klimagerechte Entwicklung leisten.

62 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu
63 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere
64 Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen für uns
65 Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die
66 menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung
67 von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der
68 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von
69 jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen.
70 Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik ist Teil des
71 europäischen Versprechens.

72 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung gibt.
73 Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der
74 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt beantwortet
75 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über
76 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des ukrainischen
77 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der unermesslichen Leistung,
78 die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die europäischen Werte erbringt.

79 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die eigenen
80 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An diesem
81 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

82 1. Eine europäische Außenpolitik

83 Gemeinsam außenpolitisch handeln

84 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann.
85 Bisher braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27
86 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein,
87 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das
88 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge
89 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

90 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen die
91 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und
92 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen
93 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir stärken. Um eine
94 gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es einen echten europäischen
95 diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische Diplomat*innen Akademie fest
96 verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter Diplomaten*innen aus den
97 Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie Visafragen,
98 Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

99 Das Klima global schützen

100 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die
101 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie
102 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und Wasser.

103 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische
104 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir stehen für eine
105 EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer
106 beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei
107 der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten
108 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im
109 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-Dollar
110 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im
111 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt
112 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die
113 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern
114 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte Energiewende.
115 Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines Loss-and-
116 Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten Gemeinschaften
117 finanziell angemessen unterstützen soll.

118 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg aus fossilen
119 Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein verbindliches globales Ziel für den
120 Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür braucht es
121 zusätzliche Mittel zur ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische
122 Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an
123 der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

124 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen Kommission,
125 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale

126 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine zentrale
127 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu
128 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum
129 voranzutreiben. Mit der geplanten Strategie für Klimaaußenpolitik kann die Bundesregierung
130 Deutschland zum Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

131 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme
132 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-
133 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am
134 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
135 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische
136 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

137 Global Gateway zum Erfolg bringen

138 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen
139 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der
140 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das chinesische
141 Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir zu
142 einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine Alternative zur
143 chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.

144 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
145 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz der
146 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von grüner Energie
147 in unserer Nachbarschaft fördern.

148 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit substanziellen
149 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen
150 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms weltweit und
151 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen Sondergesandten
152 dafür einrichten. Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und
153 alle Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern
154 nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei die
155 Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser
156 Klimaabkommens. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei
157 der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung
158 sicherstellen.

159 Internationale Organisationen stärken

160 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des
161 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in
162 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine überragende
163 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und ihre
164 Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen
165 wie dem UN-System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes
166 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine
167 Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen
168 gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen.

169 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits begonnen hat,
170 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen, um
171 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren
172 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
173 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die EU muss
174 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

175 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der Besetzung von
176 Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International Standardization
177 Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

178 Menschenrechte weltweit verteidigen

179 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
180 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen. Wir
181 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,
182 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir wollen die
183 Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen,
184 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell
185 stabilisieren und zugänglicher machen.

186 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und
187 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der Globalen
188 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von gezielten
189 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere
190 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind.

191 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer
192 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
193 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
194 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa
195 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten
196 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und
197 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die
198 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört
199 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
200 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
201 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-
202 Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-
203 Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu
204 erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

205 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

206 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
207 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte.
208 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und Krieg, aber
209 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen
210 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-
211 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe
212 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen
213 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein, die

214 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in
215 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen
216 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU
217 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind
218 Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

219 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen der EU
220 deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen bei allen
221 internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender und
222 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

223 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen
224 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur Istanbul-
225 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch
226 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und
227 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

228 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer
229 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet. Sie muss ihr selbst
230 gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur
231 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur Förderung
232 von Frauen bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und
233 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-Aktionsplan
234 für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

235 2. Eine europäische Sicherheitspolitik

236 Europa gemeinsam verteidigen

237 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen
238 geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen
239 können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit
240 liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer
241 Streitkräfte.

242 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto
243 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische Verteidigungsfähigkeit
244 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der
245 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind
246 dafür maßgebend.

247 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer starken
248 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum
249 Beispiel innerhalb von permanenten EU-Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame
250 Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen die gemeinsame
251 EU-Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum Beispiel
252 bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

253 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
254 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und personell.
255 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, einer
256 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit
257 orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen Parlament

258 begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die Unterstützung der Ukraine
259 im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für
260 Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst werden,
261 dass die Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.

262 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu
263 Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern in großem Maßstab. Unser Ziel
264 ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf
265 es finanzieller Anreize und Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die
266 industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer
267 Sicherheit zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher nicht
268 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden
269 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen Beschaffung
270 (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und die
271 parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

272 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument
273 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten militärischen
274 Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung bis hin zu Instandhaltung und
275 Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und abgestimmter Kontrolle des
276 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

277 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission Standardisierung,
278 Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame Einsatzfähigkeit von
279 Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten muss die Komplementarität mit
280 Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

281 Rüstungsexporte europäisch regulieren

282 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen schafft
283 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie auch den Druck, die Waffensysteme an
284 Drittstaaten zu exportieren, und ist somit auch ein Beitrag für eine gemeinsame
285 wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche
286 und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des
287 gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die
288 Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen
289 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen und vor dem
290 Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben. Vorgehende
291 Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen dabei
292 vorgeschrieben werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen
293 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression
294 nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive
295 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

296 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in
297 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen
298 fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen
299 (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum
300 Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel
301 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um
302 eine Regulierung von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von
303 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben und Tod
304 trifft.

305 Konflikten vorbeugen

306 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte
307 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für friedensfördernde
308 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche
309 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und Förderrichtlinien in
310 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der
311 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
312 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

313 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr
314 finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder das
315 Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen
316 Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine Neuausrichtung
317 der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

318 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
319 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche
320 Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen
321 und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

322 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe wollen
323 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie
324 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für humanitäre
325 Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren.
326 Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker
327 auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen zu
328 achten.

329 3. Globale Gerechtigkeit

330 Verlässliche Partnerin sein

331 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die
332 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit
333 stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern als
334 Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu
335 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine
336 gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen, dass die EU aktiv den
337 Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines
338 koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften
339 intensiviert. Dafür stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe unserer
340 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

341 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
342 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die
343 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren
344 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in
345 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die
346 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass
347 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen
348 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.

349 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die
350 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das
351 gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
352 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität
353 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und
354 unbürokratisch umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem den bedürftigsten Ländern
355 zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser
356 Klimaabkommens beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale
357 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als
358 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

359 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im entwicklungspolitischen
360 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in
361 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende Koordinierung,
362 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen,
363 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für
364 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament wollen wir
365 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

366 Ernährung global sichern

367 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle
368 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein
369 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur Umsetzung des
370 Rechts auf Nahrung beitragen.

371 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen Märkten ist
372 das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die
373 Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit
374 sollen verstärkt wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit
375 möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen,
376 patentiertes Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und Märkte
377 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen.
378 Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr unter Druck. Wir wollen den Auf- und
379 Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische
380 Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere
381 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in
382 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in
383 der EU verboten sind, wollen wir beenden.

384 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern muss dabei
385 im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen umgesetzt werden,
386 inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

387 Globale Verantwortung annehmen

388 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und ehemaligen
389 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
390 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten
391 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
392 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es
393 eine antirassistische Perspektive.

394 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den
395 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen
396 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die
397 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und
398 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich
399 evaluieren und weiterentwickeln.

400 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre
401 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die
402 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und
403 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN
404 angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten
405 unter Einbezug von privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass europäische
406 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was die
407 finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter einschränkt.

408 4. Fairer Handel

409 Mit Handel Wohlstand schaffen

410 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand mehren.
411 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche Säule
412 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken
413 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel ab. Es
414 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so
415 zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit
416 Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte
417 beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem
418 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

419 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir
420 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
421 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert
422 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei unterstützen,
423 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

424 Handelsinstrumente neu ausrichten

425 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der
426 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle
427 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser
428 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Klima- und
429 Umweltschutz, Zugang zu Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine faire
430 Entwicklung in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

431 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
432 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen daher
433 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien,
434 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich
435 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen.

436 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle zukünftigen
437 internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Im Falle eklatanter
438 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen, sollte
439 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen aussetzen. Das
440 kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild
441 für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

442 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
443 (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und
444 wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die
445 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

446 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem sie die
447 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in ihren
448 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige
449 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies erfordert
450 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen,
451 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler
452 Binnenmarkt.

453 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn der
454 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem Rat
455 der EU bestimmen.

456 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
457 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den fairen
458 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten Staaten einen
459 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer
460 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir
461 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles
462 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-
463 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von Handelspartnern wehren
464 kann.

465 Im Einklang mit dem Klima handeln

466 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken Kreislaufwirtschaft
467 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu
468 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl entstehen
469 können.

470 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um eine
471 faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem zu ergänzen
472 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement
473 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren
474 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie,
475 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz
476 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

477 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche
478 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies
479 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge. Der
480 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem

481 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir
482 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

483 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel, die
484 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

485 Auf faire Partnerschaften setzen

486 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik
487 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die Gesetze zur Regulierung der
488 europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen. Damit
489 übernimmt die EU Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping
490 zurückzudrängen.

491 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
492 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen angesehen
493 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und Gemeinschaften
494 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

495 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt. Produkte aus dieser
496 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-Importverbot
497 für Produkte aus Zwangsarbeit, welches gerade verhandelt wird, muss daher konsequent
498 umgesetzt werden.

499 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir fair gestalten.
500 Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des
501 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels
502 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die es
503 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu
504 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.

505 **5. Mehr EU in Europa**

506 Erweiterungsperspektiven

507 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse.
508 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es
509 unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare Kriterien für den
510 Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der
511 Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre
512 Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

513 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,
514 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis communautaire*,
515 vollumfänglich übernehmen.

516 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den langwierigen
517 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des europäischen
518 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den
519 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess mit
520 sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen, zum
521 Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein Stillstand der

522 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im Umkehrschluss zu
523 einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf dem Kampf gegen
524 Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-
525 Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die
526 Beitrittskandidaten und die von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

527 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre
528 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns
529 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits
530 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
531 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

532 Westbalkanstaaten

533 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,
534 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

535 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen
536 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses Beitrittsversprechen
537 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und
538 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
539 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

540 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter
541 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung
542 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess
543 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern,
544 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine
545 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan
546 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
547 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

548 Ukraine

549 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen
550 Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg mutig
551 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und
552 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

553 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und
554 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine
555 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale
556 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine,
557 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und
558 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
559 Sicherheitsgarantien.

560 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten
561 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf
562 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive Rolle
563 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene.

564 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine
565 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch
566 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle
567 Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen die russischen Angriffe zu stärken.

568 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische
569 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des
570 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über die
571 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und
572 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus der
573 Ukraine schaffen.

574 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU
575 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen
576 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den
577 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
578 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur
579 globalen Ernährungssicherung bei.

580 Georgien und Moldau

581 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von
582 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit Beginn
583 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen entschlossen
584 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und
585 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür
586 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020
587 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent unterstützen.

588 Europäische Nachbarschaft

589 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit
590 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

591 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von
592 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

593 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren
594 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft
595 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im
596 ausgeprägten europäischen Interesse.

597 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran arbeiten,
598 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche und
599 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen
600 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm
601 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung
602 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den
603 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

604 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg
605 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie kann in
606 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

607 Türkei

608 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige
609 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und
610 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in
611 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der
612 europäischen Familie hat.

613 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in
614 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.
615 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen
616 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die
617 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine schwierige
618 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.
619 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus
620 engagiert.

621 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin für die NATO,
622 für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE Außenpolitik.
623 Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst dann wieder
624 geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt.

625 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich
626 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der
627 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen
628 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen und andere
629 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir
630 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen aus
631 der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge
632 leisten.

633 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie und
634 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische Zivilgesellschaft,
635 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

636 6. Ein starkes Europa in der Welt

637 Die östliche Nachbarschaft der EU

638 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.
639 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen
640 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete
641 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die
642 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen
643 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische
644 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

645 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten
646 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und
647 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit
648 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die

649 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarussischen Regimes und
650 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

651 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des
652 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und
653 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir
654 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial
655 unterstützt.

656 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und
657 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Armeniens Weg
658 für mehr politische Teilhabe und persönliche Freiheiten wurde durch russischen Druck und den
659 Krieg um Bergkarabach massiv erschwert. Wir begrüßen daher die EU-Beobachtungsmission in
660 Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan und
661 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und dadurch
662 zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

663 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Sicherheit
664 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt, Lüge,
665 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot
666 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft.
667 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir
668 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
669 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
670 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
671 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
672 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

673 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen
674 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss
675 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

676 Transatlantische Beziehungen

677 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe
678 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach
679 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung auf
680 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

681 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere
682 europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben
683 die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu
684 verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die
685 derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die
686 klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen
687 Demokratie.

688 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und
689 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale
690 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.
691 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau
692 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln
693 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

694 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner
695 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um
696 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln.
697 Antiliberalen Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem
698 die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden entgegenzutreten.

699 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
700 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
701 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von
702 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.
703 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine
704 Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

705 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes
706 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Einer Vertiefung
707 der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn die soziale
708 und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

709 China

710 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch
711 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch
712 zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung in China. Sie
713 trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im
714 Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie
715 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen globalen
716 Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland. Deswegen setzen wir
717 uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für
718 einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung
719 des Verhältnisses zu China ein.

720 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei
721 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft
722 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,
723 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es
724 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die
725 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.

726 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das
727 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es
728 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für
729 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser
730 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer
731 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz
732 kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in
733 der gesamten EU gewährleistet werden.

734 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie
735 einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler Technologien. Mit
736 gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche
737 verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

738 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in der Provinz
739 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der
740 Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der
741 Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen
742 keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

743 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an, dass das
744 Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der
745 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als demokratischen
746 Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen
747 Austausch zu intensivieren.

748 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, der
749 Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und
750 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten. Dies
751 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz
752 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen
753 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für
754 Kooperation.

755 Naher Osten und Nordafrika

756 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die
757 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt, und
758 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir
759 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die
760 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
761 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der europäischen
762 Nahostpolitik stehen.

763 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Zusammenarbeit von
764 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um Strukturen
765 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

766 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für
767 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und
768 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
769 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere
770 Verantwortung.

771 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der
772 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu
773 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst
774 Fluchtgründe schaffen.

775 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit
776 gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit
777 braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und
778 demokratischen Staates Palästina.

779 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische Prinzipien
780 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass die
781 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und erweitert. Die
782 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem

783 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und
784 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
785 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen
786 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten.

787 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
788 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in der
789 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel
790 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

791 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug westlicher Truppen
792 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die
793 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die
794 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU
795 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei
796 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund
797 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres
798 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz und die
799 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen.

800 Afrika

801 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir
802 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren
803 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu
804 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in
805 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei
806 begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

807 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften, die dazu
808 beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir
809 wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit
810 verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort und ihrer
811 Nachbarschaft zur Verfügung stehen müssen.

812 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein Schritt in
813 Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives
814 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit
815 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen
816 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
817 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

818 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
819 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen Strukturen
820 geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und
821 demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen. Eine besondere Rolle
822 kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

823 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.
824 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der
825 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Im
826 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen wir Beziehungen gestalten, die von Respekt
827 und Gleichberechtigung getragen werden.

828 Indopazifik

829 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier
830 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

831 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,
832 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten intensivieren.
833 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und
834 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die
835 Menschenrechte stärken. Auch die tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im
836 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter
837 ausbauen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit
838 Japan als erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

839 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz
840 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen
841 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret und
842 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den
843 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region,
844 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

845 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir
846 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die
847 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die
848 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei
849 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren
850 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten
851 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die
852 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte
853 in Grenzregionen ein.

854 Lateinamerika

855 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere
856 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der
857 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU
858 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen
859 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

860 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter Druck, wie
861 beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt hat.
862 Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische Tendenzen und
863 Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft essenziell.
864 Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*,
865 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive
866 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

867 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die
868 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung
869 von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für nachhaltige
870 Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen
871 Bevölkerung muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

872 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um seine
873 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-Initiative der EU
874 kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften können nur dann erfolgreich
875 sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein substanzieller Teil der Wertschöpfung in
876 Lateinamerika verbleibt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten
877 der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare
878 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart werden.
879 Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer gleichwertigen
880 Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen wir sicher,
881 dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert und gleichzeitig Menschenrechte
882 garantiert und das Weltklima geschützt werden.

EP-05 BDK Europa - D Was Freiheit schützt

Gremium: für KMV eingepflegt
Beschlussdatum: 23.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WP BDK Europawahlprogramm

Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Demokratie. Die
2 Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet. Heute
3 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher Stacheldraht,
4 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor
5 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass
6 alle Europäer*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis nach
7 Brüssel.

8 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt zusammen und
9 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu begreifen;
10 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu suchen, statt
11 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

12 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie wollen wir
13 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen Grenzen nicht
14 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie autoritäre
15 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung, durch
16 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger*innen zu
17 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
18 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

19 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das ist gut,
20 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der drängenden Probleme
21 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen Prozess
22 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir erweitern
23 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit einer
24 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig
25 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkugel, die nicht mit
26 sich reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am Ende oft ein
27 Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber alle weiterbringt.
28 Dafür stehen wir ein.

29 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische Einigung
30 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte seinesgleichen suchen.
31 Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist*innen aller Art: Wer meint, dass
32 Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien mundtot machen
33 will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für den ist die
34 EU ein Dorn im Auge.

35 Wir finden: gut so.

36 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu schützen,
37 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir sie ausbauen.
38 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen fairen
39 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die
40 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen Sicherheit und gleiche Rechte bietet.

41 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das
42 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU
43 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die nötige
44 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht
45 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

46 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser Grundwerte – und eine
47 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte von
48 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt ist,
49 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb
50 Europas stellen unseren Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild
51 erklären. Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir
52 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass
53 alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt
54 und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als Vorreiterin einer wertegeleiteten
55 Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

56 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen dabei
57 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die nach Europa
58 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den europäischen
59 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit Geflüchteten
60 und Migrant*innen. Wir wollen Schutz bieten und zugleich Einwanderung so gestalten, dass
61 diejenigen, die als Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer
62 zum Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten können.

63 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein, Gemeinschaft
64 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir setzen uns ein
65 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres Kontinents
66 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter demokratischen
67 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen wir sein.

68 1. Demokratische Institutionen

69 Rechtsstaatlichkeit verteidigen

70 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
71 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn Regierungen in
72 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der
73 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
74 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und LGBTIQ*-Rechte
75 einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen, schwächen
76 sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente
77 konsequenter und schneller genutzt und weiterentwickelt werden.

78 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für Europas
79 Bürger*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht durch die EU-
80 Organe beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang beschränkt. Das wollen wir ändern: Sie
81 soll auch für das Handeln der Mitgliedstaaten gelten und einklagbar werden. Wenn eine
82 Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer
83 Ebene belangt werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen
84 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen
85 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

86 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage der
87 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr Gewicht
88 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die Zivilgesellschaft gezielter
89 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf verbindliche
90 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch
91 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen
92 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel
93 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen kann,
94 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die Mitgliedstaaten im
95 Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr mit Konsens, sondern mit
96 qualifizierter Mehrheit abstimmen.

97 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer
98 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer Steuergelder
99 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter
100 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine
101 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend.
102 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das
103 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren
104 werden.

105 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat, Kommission und
106 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende Anwendung aller
107 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen
108 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle
109 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-Kommission, die die
110 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten, müssen
111 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Bei
112 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die Leidtragenden
113 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen und lieber
114 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden
115 können.

116 Mehr Demokratie wagen

117 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
118 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken. Das
119 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und wie
120 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder
121 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig
122 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse
123 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf Vorschlag der
124 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall wieder
125 entlassen können.

126 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es mehr
127 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die Positionen
128 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

129 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung. Das
130 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil
131 der gesetzgebenden Gewalt werden.

132 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass alle
133 Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das Europäische
134 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission. Zudem sind
135 bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem jeweils eigenen Land wählbar. Das
136 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der Abgeordneten
137 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische
138 transnationale Listen bestimmt werden.

139 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die Einführung
140 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg.

141 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen Parlament wollen
142 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

143 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum können europäische Bürger*innen, die nach dem
144 Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in einem Bürger*innen-
145 Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war das Prinzip der Europäischen
146 Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument fest verankern.

147 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema auf die
148 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern, verbindlicher und
149 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres ein
150 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie
151 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen als
152 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

153 Handlungsfähiger werden

154 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige EU
155 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen
156 Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten
157 erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht blockiert werden konnten, soll in Zukunft
158 mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen
159 kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

160 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
161 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von
162 mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu kooperieren und
163 gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf den Weg
164 bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden – und alle
165 anderen Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

166 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und zeitnah in die
167 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf
168 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung von EU-
169 Bürger*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft
170 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen
171 Perspektiven für die EU beteiligt.

172 Korruption bekämpfen

173 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet
174 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in der

175 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das Vertrauen in
176 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar.
177 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das
178 dringlicher denn je.

179 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei Verstößen
180 müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-Institutionen, auch
181 den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen politischen Ebenen offen, wer in
182 den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben,
183 machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend nachvollziehbar
184 macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

185 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige Ethikbehörde
186 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt. Beim Wechsel
187 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an
188 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle.

189 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag- und
190 Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der Nutzung
191 persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im demokratischen
192 Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

193 2. Feminismus

194 Europa zum Motor für Frauenrechte machen

195 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt leben können.
196 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es noch viel zu
197 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.
198 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften
199 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus dem
200 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
201 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im Kampf gegen
202 Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit aller Macht entgegen.

203 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem
204 Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union
205 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken und
206 ausbauen.

207 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und
208 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der kommenden
209 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in Sachen
210 Gleichberechtigung voranzukommen.

211 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir wollen
212 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen stärkt. Dazu
213 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung
214 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den
215 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur
216 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der
217 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-
218 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

219 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen

220 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Als
221 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen schaffen sie
222 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt hilft
223 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel Altersarmut zu
224 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

225 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von Frauen,
226 klafft in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in Deutschland sogar
227 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie ein
228 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und Berichte,
229 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die
230 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese
231 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich müssen
232 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch
233 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere Verteilung von
234 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.

235 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen
236 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine
237 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen,
238 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die
239 Partner*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die
240 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der
241 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und partnerschaftliche
242 Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden
243 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken. Denn: Viele
244 Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen sich, Familienaufgaben
245 paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber nicht zu.

246 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der sogenannten
247 MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz Europa. Angesichts des
248 Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial zu
249 verzichten. Entsprechend wollen wir das Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich
250 verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen
251 und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch EU-Fonds
252 und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden Fonds, aber auch
253 zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

254 Gewaltschutz durchsetzen

255 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von geschlechtsbasierter
256 Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen verhindert bzw. verfolgt
257 und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von
258 Frauen, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und somit eine wichtige
259 Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist das erste
260 Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt
261 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative der
262 Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis heute aber
263 haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn, Lettland,
264 Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist es ein

265 großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention
266 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen
267 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht
268 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für Opfer
269 sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von
270 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden.

271 Menschenhandel bekämpfen

272 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir durch ein
273 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste Form des
274 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden
275 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als
276 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind
277 EU-Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

278 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung und zum
279 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Darüber
280 hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-Richtlinie dafür
281 stark, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den Zugang zu
282 Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den
283 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der
284 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben,
285 ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch Schutzprogramme
286 und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der Täter*innen erleichtert.

287 Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen

288 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht
289 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa müssen wir
290 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu finden. Wir
291 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Denn
292 verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft und Politik
293 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch die
294 Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

295 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein
296 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt durchsetzen. Es
297 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen: In der
298 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach
299 Geschlechtern transparent gemacht wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der
300 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission eine
301 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung entwickelt.
302 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen Datenlage
303 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

304 3. Europas Vielfalt

305 Zivilgesellschaft stärken

306 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen aus.
307 Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen und religiöse Menschen,
308 Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser Miteinander und
309 unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil sie in Bürgerinitiativen
310 und Parteien, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige
311 Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

312 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst
313 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament haben wir
314 erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. So
315 sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa rechtlich
316 abgesichert arbeiten können.

317 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die
318 Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten können, wollen
319 wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

320 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung,
321 Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen und
322 Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die Gleichberechtigung aller Menschen stark
323 machen und dort aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck
324 stehen.

325 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind Bestandteil
326 unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die zum
327 Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige und freie
328 Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt
329 werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und
330 Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu
331 bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe unser
332 vielfältiges Europa gestärkt wird.

333 Diskriminierung überwinden

334 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte gelten für alle
335 Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen unabhängig davon
336 gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in
337 seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft
338 demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses Versprechen
339 einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen.

340 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft tief verwoben.
341 Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns entschlossen
342 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem Versprechen „Nie
343 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es
344 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten
345 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen. Wir
346 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für Sicherheitsprojekte, um sie
347 dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in

348 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar
349 zu machen und zu stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und
350 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir politische und
351 kulturelle Bildungsangebote fördern.

352 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa. Muslimisches Leben
353 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und verschwörungsideologischen
354 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die Stelle der
355 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

356 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und sich dabei
357 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-Hintergrund werden
358 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die
359 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Antiziganismus gefördert werden, richten wir ein
360 europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem Expert*innen für Roma-
361 Politik, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale Gebietskörperschaften
362 an.

363 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen, auf dem
364 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden, sondern müssen
365 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch ihre Vorgaben den Schutz gegen
366 Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu
367 stärken sowie Schutzlücken zu schließen, wollen wir, dass die 5.

368 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des
369 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus
370 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen
371 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken.

372 Queere Rechte schützen

373 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben zu können,
374 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten Jahrzehnten viele
375 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte versuchen,
376 diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit für
377 lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*) nicht möglich,
378 weil ihre Rechte eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen werden.
379 Diesen Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation sie
380 geschehen oder von wem sie ausgehen.

381 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ* Freedom Zone“
382 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat
383 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive Vertragsverletzungsverfahren und
384 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen LGBTIQ*-Personen
385 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

386 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei Müttern,
387 alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht darüber entscheiden, ob
388 Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss auch für
389 Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in einem EU-Land
390 begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche Ehe in der
391 gesamten Union anerkannt wird.

392 Inklusion verwirklichen

393 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf Gleichstellung
394 und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention haben
395 sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am
396 politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass die
397 inklusive Gesellschaft endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

398 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
399 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter anderem das
400 Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für
401 Menschen mit Behinderung gelten.

402 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen mit
403 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen erleben in
404 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben
405 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der
406 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland
407 – umgesetzt wird.

408 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu machen,
409 wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen, gegenseitige Anerkennung
410 nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen durch ganz Europa
411 umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

412 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

413 Kultur als Säule der Demokratie

414 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht aus dem
415 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen und der
416 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und zugleich ein
417 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch und
418 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Wir verteidigen deshalb
419 die freie Kunst und Kultur gegen staatliche Eingriffe, aber auch durch die Gestaltung einer
420 öffentlichen Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken
421 ermöglicht.

422 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich vereinfachen, um die
423 Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und Kulturveranstalter*innen in ganz
424 Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort, wo Vielfalt und Demokratie unter Druck
425 stehen. Es soll sich als Dienstleister für Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist
426 sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.

427 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische Dimension der
428 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen daher im Rahmen
429 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für den Wandel
430 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die
431 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für
432 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als
433 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

434 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres Kontinents erlebbar
435 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die
436 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

437 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen
438 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten unter anderem
439 virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche Treiberinnen von Innovation
440 und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen wir fördern
441 und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa indem wir uns
442 in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

443 Kreative stärken

444 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere lebendige
445 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen müssen sie
446 ihren Platz in der Wertschöpfungskette der Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das
447 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von
448 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit tritt sie in
449 Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher für die Durchsetzung der
450 Rechte von Urheber*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die Zustimmung zur Verwendung
451 ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden Urheberrechts verweigern dürfen.
452 Urheber*innen wollen wir bei der fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen. Urheber*innen
453 und auch andere Kulturschaffende wie Schauspieler*innen oder Musiker*innen müssen einen
454 Platz am Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt
455 entschieden wird.

456 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative wollen wir die
457 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken. Für
458 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren Hafen
459 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

460 Medienfreiheit garantieren

461 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische Öffentlichkeit. Auch
462 in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute angegriffen. Wir unterstützen deshalb
463 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form
464 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder auf anderem
465 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem Grundsatz
466 der Staatsferne folgen müssen.

467 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der Plattformen im
468 Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell beeinträchtigt. Wir streben
469 deshalb an, durch geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische
470 Angebote besonders im Netz zu verbessern.

471 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung einer
472 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen wir uns für
473 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-rechtlichen
474 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des Senders arte
475 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber
476 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
477 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im

478 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des
479 freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse- und
480 Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

481 Europäisch erinnern

482 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller Gesellschaften eines
483 Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen gezeichnet war. Die EU als
484 Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen.
485 Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei
486 ist es wichtig, eine multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die
487 Geschichte von bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen mit
488 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der Verständigung widmen
489 und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden Gewalterfahrungen
490 durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die Sowjetunion in ihrem
491 komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer Umdeutung
492 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

493 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
494 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen, stellen wir
495 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir werden dies nicht
496 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

497 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord, Kolonialismus,
498 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Viele europäische Staaten
499 waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren teilweise noch heute von den damals
500 geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte
501 in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit Forscher*innen und zivilgesellschaftlichen
502 Initiativen aus ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene vorantreiben. Dazu
503 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

504 Fair Play im Sport

505 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France – Sport steht
506 im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale Identitäten,
507 sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in
508 Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen Verbände stärken, die sich besonders für
509 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung
510 und Hass stark machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich
511 machen.

512 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair und
513 transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen diametral
514 entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur etablieren, die sich mit
515 NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen sowie internationalen Ermittler*innen für Transparenz,
516 Integrität und echte Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten
517 Sport kümmert.

518 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür, dass
519 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn sie mit
520 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und Nachhaltigkeit
521 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen.

522 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen. So
523 machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

524 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele Sportarten
525 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport Schäden. Wir
526 wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege aufzeigen, wie sich Europas
527 vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

528 5. Humanität und Ordnung

529 Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen

530 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung und sucht
531 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssen wir im
532 weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände attraktiver werden und
533 Einwanderung modern gestalten. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren wollen wir
534 die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern.
535 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und
536 unbürokratisch zu gestalten.

537 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter ausbauen. Dafür
538 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine Digitalisierungsoffensive,
539 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Fach- und Arbeitskräfte
540 gewinnen wir aber nicht nur durch unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch sicherstellen,
541 dass sich Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur schnell bei uns
542 einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht uns auch als
543 Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und Ausgrenzung
544 entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um Angebote für eine gute und
545 schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den kommunalen Integrationsfonds
546 stärken und weiter ausbauen.

547 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne Papiere. Faire
548 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir mehrsprachige und
549 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen und stärken, damit sich alle
550 Arbeiter*innen an sie wenden können.

551 Gemeinsame Asylpolitik angehen

552 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie humanitäre
553 und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer Flüchtlingskonvention,
554 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der
555 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht.

556 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um
557 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen Verteilung
558 von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und verteidigen
559 unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid,
560 rechtsstaatliche Verfahren sorgen für Humanität und Ordnung.

561 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung und
562 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen Grenzmanagement
563 angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften, verlässlichen und verpflichtenden

564 Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um die gemeinsamen Herausforderungen zu
565 bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme von
566 Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten.
567 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation. Mitgliedstaaten, die
568 in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell entlastet werden.

569 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von
570 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken und die
571 kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung Geflüchteter auf der
572 europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der Länder und Kommunen über einen
573 Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der Geflüchteten in Einklang bringen.

574 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur in ihren
575 Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen Asylregeln durchsetzen kann.
576 Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System in einzelnen Mitgliedstaaten überlastet
577 ist, auch die Kompetenz für Asylverfahren erhalten. Dabei sind menschenrechtliche
578 Verpflichtungen einzuhalten und streng zu kontrollieren.

579 Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen

580 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit
581 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften
582 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und
583 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

584 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die Freiheit und
585 Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und kontrollieren können, wer nach
586 Europa kommt.

587 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss europäischer Politik
588 nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln voraus. Mit
589 dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von Humanität
590 und Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten
591 zerschellt.

592 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns entschieden entgegen.
593 Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen zuverlässig registriert, erstversorgt und
594 menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
595 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall.

596 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an Europas
597 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind Misshandlungen
598 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in Seenot
599 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und
600 politisch konsequent geahndet werden. Wir wollen außerdem das staatliche und
601 zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur weiter
602 ausbauen. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-
603 Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort. Hilfs- und
604 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und den
605 Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis von Grund-
606 und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen wir
607 endlich beenden.

608 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete versorgen und
609 beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und Anwält*innen ungehindert Zugang zu
610 ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement nachzugehen. Die Bedarfe von besonders
611 schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren Menschen, Kindern oder Menschen mit
612 Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich allein auf
613 den Fluchtweg machen, müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie müssen
614 kindergerecht untergebracht und versorgt werden.

615 Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen

616 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und rechtsstaatliche
617 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um
618 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Auch im Rahmen von möglichen Grenzverfahren muss
619 eine unabhängige Rechtsberatung gewährleistet sein.

620 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer Aufenthaltserlaubnis führen.
621 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie
622 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder
623 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer
624 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige Rückkehr
625 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für eine
626 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

627 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in denen ihnen
628 Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben drohen. Eine
629 Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare
630 Verbindung hat. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Der
631 Abschluss von sogenannten Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss menschenrechtsbasiert,
632 die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen.
633 Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
634 abhängig gemacht werden.

635 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine Probleme.
636 Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der Entscheidung
637 verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger*innen eine sichere Rückkehr garantieren, sollen
638 über Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete
639 Migration erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung
640 ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden.

641 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in
642 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben. Denn es ist
643 nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die europäische Gesellschaft
644 täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir setzen uns deshalb für einen
645 Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

646 Menschen in Seenot retten

647 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Als EU ist
648 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu verschließen.
649 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das der Familie
650 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die
651 tödlichste Grenze der Welt bleibt.

652 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht endlich eine
653 europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und staatlich koordinierte
654 Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen, die Menschenleben retten.
655 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass
656 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der erfolgte
657 Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-NGOs ist hier
658 ein wichtiger Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit
659 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den nächstgelegenen sicheren
660 Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können. Ein Auslaufen
661 von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um
662 Menschenleben zu retten, treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem
663 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von
664 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl erhalten.

665 Sichere und legale Fluchtwege schaffen

666 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung sicherer und
667 legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben, sondern legen auch
668 Schleuser*innen das Handwerk.

669 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit Staaten
670 außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration schaffen
671 und können gleichzeitig die menschenrechtlich abgesicherte Rückführung abgelehnter
672 Asylbewerber*innen umfassen.

673 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks UNHCR deutlich
674 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN) anerkannte und
675 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die Aufnahmeländer
676 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten
677 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das
678 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

679 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass Asylsuchende Europa
680 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem Maße unserer
681 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders gefährdeten Afghan*innen und
682 ihren Familien gerecht werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme
683 gestärkt werden. Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der
684 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen wir mit
685 einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen.

686 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien gehören
687 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

688 6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität

689 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken

690 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen, die
691 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und Frauen, die oft unter großem
692 persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt
693 und verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen,

694 unsere Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende
695 Vernetzung unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer
696 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und Justizarbeit muss in
697 einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend stattfinden sowie im Einklang mit
698 Bürger*innen-Rechten und rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf wirksame
699 Prävention und gemeinsame Strafverfolgung.

700 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll eigene
701 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität
702 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um den
703 Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von Europol durch das Europäische Parlament
704 wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol sind
705 Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die polizeiliche
706 Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-Teams, die in
707 enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in
708 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

709 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der Polizeiarbeit
710 stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes Austauschprogramm für Polizist*innen,
711 bauen die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten aus – und
712 stärken so eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei
713 einbeziehen.

714 Organisierte Kriminalität bekämpfen

715 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet Steuerzahler*innen
716 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat unterwandern.
717 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist*innen, die
718 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme durch
719 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa
720 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen
721 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick. Dafür
722 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Justiz. Die
723 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

724 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so auch
725 Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf gegen die
726 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und den Opfern
727 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der
728 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale
729 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme
730 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen. Ein
731 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der
732 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir
733 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren.

734 Gegen Geldwäsche vorgehen

735 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat und
736 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden Euro jährlich
737 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von Kleinanleger*innen
738 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch

739 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.
740 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen
741 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht
742 lohnen!

743 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer schlagkräftigen
744 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen
745 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale
746 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der automatische
747 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
748 international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan vorangetrieben wird. Wir
749 setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten europaweit die
750 wirtschaftlichen Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen
751 regelmäßig für Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der
752 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen,
753 werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu den Transparenzregistern soll für die
754 Zivilgesellschaft, Journalist*innen und andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach,
755 kostenfrei und anonym möglich sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch
756 illegales Geld geschützt werden. So schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden wir die
757 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die
758 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente im Bereich
759 Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in Zusammenhang mit
760 kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für Bargeld werden wir EU-
761 weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von inkriminierten Finanzmitteln zu
762 erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell und
763 finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten, zum Beispiel
764 die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

765 Terrorismus das Handwerk legen

766 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch und
767 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie stellen eine enorme
768 Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke reichen oft über den gesamten
769 Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss hier einen wirkungsvollen Beitrag zum
770 Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche wie nachrichtendienstliche
771 europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen Standards und Definitionen ist notwendig, um
772 dem Terror das Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-Koordinators
773 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu mehr
774 Austausch und Kooperation verpflichten.

775 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische
776 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten
777 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu zählt die
778 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder
779 Angebote für Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir
780 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen beobachten wir
781 genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von
782 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen vorgehen und
783 entsprechende Inhalte löschen.

784 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem Terror die
785 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich terroristische und

786 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu Schwarzmärkten und
787 legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen uns für gemeinsame Standards und einen
788 intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist*innen ein.

789 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit einheitliches
790 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre Spur
791 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich definieren,
792 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

793 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt,
794 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar sind. Wir
795 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt
796 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir
797 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr
798 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir
799 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für
800 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen wollen wir
801 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

802 Nachrichtendienste effektiv aufstellen

803 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten, Wirtschaftsspionage oder
804 Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene Gesellschaft. Besonders
805 autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran nehmen dabei die gesamte EU in den Blick
806 und koordinieren ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind
807 Angriffe auf Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem müssen
808 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die Nachrichtendienste spielen
809 dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

810 Bislang wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und Erkenntnisse
811 europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive und demokratische
812 Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global besser gewährleisten können.
813 Deshalb wollen wir für eine bessere und rechtsstaatliche Zusammenarbeit der europäischen
814 Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll in den
815 Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher Vorgaben,
816 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es braucht
817 demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der Agentur, die unter
818 Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
819 nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen stehen, effektiv
820 begrenzt werden und eine parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten eingehalten
821 wird. Einen rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den
822 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung
823 und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen Ebene ein.

824 Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen

825 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen einheitlichen
826 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der Organisierten
827 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das Strafrecht
828 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten aufnehmen,
829 damit sie europaweit verfolgt werden kann.

830 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen stärken: Die
831 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)
832 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische Staatsanwaltschaft
833 (EUStA) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene Ermittlungen bei grenzüberschreitenden
834 Sachverhalten im Bereich von Terrorismus und OK führen. Grenzüberschreitende Strafverfahren
835 wollen wir vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden
836 können. Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs
837 unter Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und
838 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

839 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven Rechtsschutz
840 von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen, Zeug*innen und
841 investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle bei der Aufklärung von
842 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür schlagen wir
843 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der
844 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei
845 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten.
846 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere Rolle bei der
847 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

848 Die Bevölkerung schützen

849 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
850 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und gigantische
851 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische Infrastruktur
852 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Sie
853 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen
854 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination
855 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir
856 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und zusammendenken. Dabei
857 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-
858 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu verhindern.

859 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise unabsehbaren Folgen
860 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen,
861 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken
862 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte
863 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden. Den
864 gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei Erdbeben oder
865 anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

866 7. Digitale Bürgerrechte

867 Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern

868 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die Art, wie wir
869 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine
870 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als Vorbild und
871 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten digitalen Welt
872 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte der Menschen

873 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch
874 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

875 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige Gesellschaft
876 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen wird. Wir
877 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive Beteiligung von
878 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung.

879 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die anlasslose
880 Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung von Verhalten oder
881 Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von Emotionen oder die
882 Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht, sexuelle
883 Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir aufgrund der hohen
884 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits marginalisierte
885 Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur Unterstützung
886 im medizinischen und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf
887 eine sichere Kommunikation und Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen. Sie ist
888 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen
889 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

890 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung entsprechender
891 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird Spyware
892 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die Verwendung von Spyware, zum Beispiel
893 zur Überwachung von Journalist*innen oder Staatsanwält*innen, lehnen wir ab.

894 Gegen Hass im Netz vorgehen

895 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung der
896 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben es heute,
897 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und diskutiert
898 werden können.

899 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet. Wahlen sollen
900 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir treten dafür ein, dass
901 Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten,
902 etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig und
903 europaweit Lagebilder zu Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine
904 effektive Bekämpfung zu schaffen.

905 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen Orten an. Mit
906 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. Algorithmen und
907 Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu einen wesentlichen Beitrag, indem sie
908 Hassnachrichten und Desinformation verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen sich von
909 Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum
910 Schaden der demokratischen Debatte.

911 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem Digitale-
912 Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um
913 mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln Hassrede entgegenzutreten, ein
914 demokratischeres Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt
915 es, jetzt in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln.

916 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene Personen
917 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir auch eine

918 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren. Die Einrichtung
919 von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den Mitgliedstaaten wollen
920 wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch die rechtlich
921 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum Beispiel
922 Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den Ermittlungsbehörden überprüft wird.
923 Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im
924 Netz verbreiten.

925 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von Desinformation eine
926 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus den
927 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von Falschinformationen
928 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder
929 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und ist
930 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-Gesetzes
931 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger Baustein der
932 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der
933 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

934 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten, sollen
935 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen Nutzer*innen werden.

936 Europas IT schützen

937 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser Zusammenleben
938 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor Cybercrime aber
939 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für eine
940 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten,
941 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-
942 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Wir
943 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken. Die Agentur
944 der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür weiter.

945 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen wir
946 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von Cyberoperationen
947 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und Verwaltungssysteme sind eine
948 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm- und
949 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler Zusammenarbeit geprägt
950 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir
951 Kompetenzen in der EU ausbauen.

952 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale
953 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante Datenbanken und
954 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten
955 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang
956 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den
957 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

958 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen haben auch zu
959 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die Strafverfolgung
960 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie das Internet
961 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität
962 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung
963 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten

964 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit gezielten
965 Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im Internet begangen
966 werden.